



2021/34 Thema

<https://shop.jungle.world/artikel/2021/34/das-maerchen-der-taliban>

Von den Taliban ist keine Mäßigung zu erwarten

Das Märchen der Taliban

Von **Thomas K. Gugler**

Nach der Eroberung Kabuls geben die Taliban sich moderat. Es gibt gute Gründe, ihnen nicht zu trauen.

Ohne Blutvergießen ist Kabul früher als erwartet an die Taliban gefallen. Das hat der systematischen Selbsttäuschung des westlichen Militärbündnisses ein abruptes Ende gesetzt. »Wir alle haben die Lage falsch eingeschätzt«, kollektivierte Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) das Versagen des Auswärtigen Amts, des Bundesnachrichtendienstes und der sogenannten internationalen Gemeinschaft.

Als die Taliban Kabul einnahmen, vermittelte Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) beim öffentlichen Flammkuchenbacken den Eindruck, als ahne sie selbst nicht, was sie eigentlich sonst so beruflich macht. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) lächelte derweil im Kino in die Kameras. In demokratischen Gesellschaften bekommen die Menschen die Regierenden, die sie verdienen. Im »Islamischen Emirat Afghanistan« läuft es anders.

Das Fußvolk der Taliban hat klare Vorstellungen vom Wesen eines »Islamischen Emirats«. Wo es kann, setzt es seine rigiden Vorstellungen bereits jetzt durch.

Warum haben so wenige Afghanen gegen die Taliban gekämpft, rätseln die westlichen Entscheider, die sich jahrelang haben blenden lassen. Bekanntermaßen gab es in Afghanistan Korruption im Übermaß; dazu kamen die Verlockungen des Waffenhandels. Der Iran erwarb schon länger systematisch über afghanische Soldaten, die den Hazara angehören, einer persischsprachigen, meist schiitischen Minderheit, US-Militärgerät für die Hizbollah. Viele afghanische Soldaten existierten wohl ausschließlich auf dem Papier. Vielen kamen, aus der Stammesperspektive, in der man mit Blutrache rechnet, wohl auch Zweifel, ob Paschtunen gegen Paschtunen kämpfen sollten.

Auch die begründete Angst begünstigte den Vormarsch der Taliban: In schweren Konflikten mit ungewissem Ausgang schlagen sich Menschen im Zweifel meist schlichtweg auf die Seite des vermeintlich Stärkeren, um bewaffnete Konfrontationen zu vermeiden. Das hatte den Taliban bereits bei der Machtübernahme im ländlichen Raum geholfen. Die Flucht des afghanischen Präsidenten Ashraf Ghani gab dem Widerstand den Todesstoß. Am 19. August riefen die Taliban formal das »Islamische Emirat Afghanistan« aus, genau 102 Jahre nach der Unabhängigkeit

Afghanistans aufgrund des Friedensvertrags von Rawalpindi mit Großbritannien.

Oberster Führer der Taliban, »Kommandeur der Gläubigen« genannt, ist seit 2016 Hibatullah Akhundzada, der selbst in der Quetta Shura, einem Führungsrat der Taliban, als besonders fanatisch gilt. Akhundzada war in der Zeit des ersten Emirats der Taliban (1996–2001) Direktor der Sharia-Gerichtshöfe. Nun dürfte er eine mit dem Amt eines Präsidenten vergleichbare Rolle einnehmen. Das Oberhaupt von al-Qaida, Ayman al-Zawahiri, hat Akhundzada den Treueeid geschworen.

Ihm sind drei Stellvertreter untergeordnet: Mullah Mohammed Yaqoob, der Sohn von Mullah Mohammed Omar, dem Staatsoberhaupt des ersten Emirats, gilt als militärischer Stratege; Sirajuddin Haqqani führt das Haqqani-Netzwerk, das enge Verbindungen zu ausländischen jihadistischen Gruppen hat, darunter al-Qaida; Abdul Ghani Baradar schließlich, 1994 Mitgründer der Taliban, leitete zuletzt das Verbindungsbüro der Taliban in Doha in Katar. Er kehrte vorige Woche von dort nach Afghanistan zurück, um unter anderem mit Taliban-Kommandeuren, Vertretern der gestürzten Regierung und Religionsgelehrten über die Bildung einer neuen Regierung zu sprechen. Baradar wird voraussichtlich Shura-Vorsitzender, dies wäre in etwa mit dem Amt eines Ministerpräsidenten vergleichbar.

Das Islamische Emirat soll »inklusive« werden, heißt es von Seiten der Taliban. Sie wollen kein Machtmonopol, sagen sie. Frauen und ethnische Minderheiten sollen an der Regierung beteiligt werden, versprechen sie. Sie wollen ihr Islamisches Emirat international anerkannt wissen. Es könnte eine Lehre aus dem Scheitern des ersten Emirats sein: Ihr Machtmonopol führt früher oder später entweder zum Bürgerkrieg oder zu einer weiteren internationalen Militäroperation, die das Land möglicherweise endgültig ruiniert.

Aber wie ernst ist es den Taliban mit solchen Ankündigungen? Für wie lange halten sie sich daran? Wer mimt in einer islamistischen Shura im Schatten des Kommandeurs der Gläubigen den Vorzeigewestler ohne Entscheidungsbefugnis? Ohne die Amnestie unter anderem für Beamte, die die Taliban vorige Woche verkündeten, dürfte eine Sicherung der Staatsgeschäfte nicht gelingen. Das Staatswesen Afghanistans wurde in den vergangenen 20 Jahren schließlich von Grund auf modernisiert.

Bildungsangebote für Frauen sind mit der islamistischen Doktrin bei strikter Geschlechtertrennung vereinbar. Aber für getrennte Schulklassen fehlen meist sowohl Klassenzimmer als auch Lehrerinnen. Schullehrpläne sollen vorerst nicht verändert werden, beteuern die Taliban. Ob sich Darwins Erkenntnisse in der Schule halten können, darf aber bezweifelt werden. Bei der beruflichen Betätigung von Frauen wird es noch problematischer. Das Fußvolk der Taliban, das das Land im Sturm überrannt hat, hat klare Vorstellungen vom Wesen eines »Islamischen Emirats«. Wo es kann, setzt es seine rigiden Vorstellungen bereits jetzt durch, ohne Rücksicht auf die Toleranzappelle des Pressesprechers der Taliban, die vorige Woche zu vernehmen waren.

Religionsgelehrte beraten über Geschlechtertrennung sowie Frauenrechte und -kleidung. In medizinischen Berufen kehren Frauen indes an den Arbeitsplatz zurück.

Unternehmensvertretern versprechen die Taliban Investitionen aus dem Ausland. Erste Baufirmen werden mit Straßenbauarbeiten beauftragt. Solche Zeichen der Mäßigung dienen wohl in erster Linie dem strategischen Ziel, die Macht der Taliban zu konsolidieren; dass das gelingt, ist längst noch nicht ausgemacht.

Sollte es den Taliban gelingen, werden sie wahrscheinlich rigider durchgreifen als bisher. Das erwarten die jungen Männer an der Basis, die derzeit durch die Straßen patrouillieren. Die Anhängerschaft will schnelle Erfolge sehen. Deshalb ist ein Bürgerkrieg nicht ausgeschlossen. Er kann noch kommen, sollten die Taliban den Bogen überspannen. Sollten sie versuchen, sich Ernten oder Rohstoffvorräte unter den Nagel zu reißen, würde das wohl Gegenwehr hervorrufen. Die Lage im Land bleibt angespannt.

Die Taliban haben Islamisten aus Gefängnissen befreit. Al-Qaida ist nur mit wenigen Hundert Kämpfern im Land, der »Islamische Staat« ist deutlich stärker vertreten – ihn bekämpfen die Taliban brutal. Die zurückgelassenen Waffen der afghanischen Truppen zirkulieren unkontrolliert, alle Jihadisten der Region profitieren davon, neben der Hizbollah am deutlichsten die pakistanischen Taliban. Die Jamia Hafsa, eine Deobandi-Madrassa an der Roten Moschee in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad, hisste bereits vorübergehend mehrere weiße Taliban-Flaggen. Die Taliban folgen der islamistischen Deobandi-Lehre, die in der indischen Kleinstadt Deoband begründet wurde.

Im Panjirtal, nordöstlich von Kabul, formiert sich unter Ahmad Massoud, dem Sohn des berühmten tadschikischen Warlords Ahmad Shah Massoud, Widerstand gegen die Taliban. Sein Vater hatte als Anführer der 1992 gegründeten Islamischen Vereinigten Front zur Rettung Afghanistans, besser bekannt als Nordallianz, gegen die Taliban gekämpft; 2001 wurde er von Selbstmordattentätern getötet. Zu viel sollte man von seinem Sohn nicht erwarten; dessen neue Nordallianz ist nicht mit der alten vergleichbar. Die Stadt Mazar-i-Sharif, ein Vorposten der Nordallianz, fiel rascher als erwartet. Das Panjirtal bleibt von den Taliban umstellt; am Sonntag teilten sie mit, Hunderte Kämpfer seien auf dem Weg dorthin. Es wirkt, als wollten sie dort ein Exempel statuieren. Internationale Unterstützung darf die neue Nordallianz wohl nicht erwarten: Waffenlieferungen an eine Bürgerkriegspartei sind nach internationalem Recht zumindest fragwürdig.

Der Effekt, mit dem die Taliban im Juni und Juli ein Dorf nach dem anderen für sich gewannen, ist nicht unumkehrbar: Sollten sich die Kräfteverhältnisse in einer Region ändern, könnten die Loyalitäten neu verhandelt werden. Daher sendet das Emirat so bemüht Zeichen der Entspannung in das Land und in die Welt. Wahrscheinlich werden die Taliban so lange betonen, sich gemäßigt zu haben, wie der Westen für diese Scharade nach tausendundeiner Nacht bezahlt.

Bei einem Besuch des Autors in der Deobandi-Hochschule Dar al-Ulum in Deoband erklärte ihm ein Missionar anhand seiner fünf Finger, »Islam« stehe für »I Submit to the Laws of Allah and Muhammad«, das heißt, die individuelle Lebensführung steht für Deobandis gänzlich unter dem Diktat der Sharia und der Sunna, den Aussprüchen und Handlungsanweisungen des Propheten. Dieses stark juristisch geprägte Religionsverständnis lässt wenig Raum für Kompromisse. Ein bisschen Unterwerfung hier oder ein wenig Sharia gibt es nicht. Sobald die Taliban ihre Macht im Staat konsolidiert haben werden, dürfte die Märchenstunde für ausländische Diplomaten und Journalisten enden und der Kopf der unbotmäßigen Frau in der Grube landen, bei den anderen.